

SAHRA WAGENKNECHT

## Der Fall der Lohnquote in Europa

Neoliberale Politik steht für die rigorose Kürzung sozialer Leistungen bei gleichzeitiger Absenkung der Steuern auf Gewinne, Vermögen und Spitzenverdienste; sie steht für umfassende Privatisierungen und den Abbau sozialer Rechte, kurz: für eine radikale Umverteilung von unten nach oben im Dienste optimaler Kapitalrenditen. Daß all diejenigen, die den Verwertungsansprüchen des Kapitals nicht bedingungslos genügen – Alleinerziehende, Ältere, Kranke, Menschen mit Behinderungen, weniger Qualifizierte – zu den überwiegend hoffnungs- und chancenlosen Verlierern dieser Politik gehören, ist schwer zu bestreiten. Das neoliberale Modell eines entfesselten Kapitalismus US-amerikanischer Prägung bringt aber nicht nur für sie gravierende Verschlechterungen. Es beeinflusst nicht allein die Sekundärverteilung der Einkommen und den Umfang der staatlichen Transferleistungen an diejenigen, die ihre Arbeitskraft nicht mehr oder nur noch zu entwürdigenden Konditionen verkaufen können. Es verändert, untrennbar davon, das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit selbst und gibt ersterem viele wirksame Hebel in die Hand, auch die primäre Einkommensverteilung zu seinen Gunsten zu verschieben.

Zu diesen Hebeln gehört der erhöhte staatliche Druck auf Arbeitslose, Niedriglohnjobs anzunehmen, ebenso, wie die Absenkung von Höhe und Dauer der bei Arbeitslosigkeit verfügbaren Lohnersatzleistungen. Der Billigjob-Boom in den USA der späten neunziger Jahre wäre ohne Clintons radikale Aufhebung jedes Sozialhilfeanspruchs nach fünf Jahren Bezugsdauer nicht möglich gewesen. Auch im EU-Europa der letzten zwei Jahrzehnte findet nicht allein eine massive Umverteilung auf der Ebene der Steuer- und Sozialpolitik statt; zeitgleich verschärft sich die Ausbeutung der Lohnabhängigen mit rein ökonomischen Mitteln – jenen Mitteln eben, deren erste umfassende Analyse wir Marx danken und deren Thematisierung heute alles andere als obsolet geworden ist. Zu den Verlierern neoliberaler Politik gehört daher neben den sozial Ausgegrenzten auch die Mehrheit derjenigen, die vom Verkauf ihrer

Arbeitskraft leben und auf keine relevanten Einkommen aus Aktien-, Betriebs- und sonstigem Vermögensbesitz zurückgreifen können.

Der letztere Aspekt steht bei linker Kritik am neoliberalen Kapitalismus oft im Hintergrund; er ist aber mindestens ebenso wichtig wie das Anprangern sozialer Ignoranz und Brutalität. Wenn es um die Ermunterung und Entwicklung von Widerstandspotentialen geht, ist er vielleicht sogar noch wichtiger.

Der entscheidende statistische Indikator der primären Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit ist die Lohnquote. Sie mißt den Anteil der Beschäftigten an dem von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum. In ihrer einfachsten Form wird sie definiert als Quotient von Arbeitnehmerentgelt und Bruttoinlandsprodukt. Zu ersterem werden dabei in der Regel nicht nur die Bruttolöhne und -gehälter gezählt, sondern auch die von den Arbeitgebern zu entrichtenden Beiträge zur Sozialversicherung. Als Bezugsgröße, also im Nenner, wird in der deutschen Statistik oft das Volkseinkommen verwandt. Wenn es um internationale Vergleichbarkeit geht, ist das Bruttoinlandsprodukt jedoch geeigneter, da sonst die länderspezifisch sehr unterschiedlichen Abschreibungsregelungen die Höhe der Lohnquote beeinflussen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Analyse von Machtverhältnissen und der realen Verfügung über wirtschaftliche Ressourcen spricht einiges für die Verwendung der Bruttogröße. Denn Kapitalverschleiß ist eben nicht nur ein physischer Prozeß; ihm steht ein Einkommensstrom gegenüber, über dessen Verwendung die Kapitaleigner (oder Manager in ihren Diensten) entscheiden. Dabei gibt es erhebliche Spielräume: Reinvestition am alten Standort oder Verlagerung ins Ausland, Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung oder Fortsetzung der Produktion bei gleicher Beschäftigung etc. – und gerade solche Spielräume begründen gesellschaftliche Macht.

Die sogenannte unbereinigte Lohnquote, die sich aus der Division von Arbeitnehmerentgelt und Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt, läßt allerdings keine unmittel-

telbaren Rückschlüsse auf die Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit zu, da sie nur den BIP-Anteil abhängig beschäftigter Arbeit mißt. Dieser Anteil kann jedoch völlig unterschiedliche Ausbeutungsverhältnisse widerspiegeln, je nachdem, wie hoch der Anteil abhängig Beschäftigter an den Erwerbstätigen eines Landes ist. Arbeiten in einer Gesellschaft sehr viele selbständige Landwirte, kleine Gewerbetreibende oder auch Scheinselbständige, deren Einkommen im Zähler der unbereinigten Lohnquote nicht berücksichtigt wird, zeigt eine Lohnquote von 60 Prozent einen anderen – nämlich niedrigeren – Ausbeutungsgrad an als in einer Wirtschaft, in der Arbeit nahezu vollständig in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen geleistet wird. Ebenso kann die Entwicklung der unbereinigten Lohnquote Verbesserungen in der Einkommensposition der Beschäftigten vortäuschen, die gar nicht stattgefunden haben. Wenn beispielsweise der Anteil abhängiger Arbeit an der gesamten Erwerbstätigkeit von 60 auf 80 Prozent wächst, die Lohnquote sich dagegen nur von 50 auf 60 Prozent erhöht, dann signalisiert dieser Lohnquotenanstieg schärfere Ausbeutung, nicht schwächere. Tatsächlich ist der Anteil der Lohnabhängigen an den Erwerbstätigen in den meisten OECD-Ländern in den vergangenen vierzig Jahren zum Teil erheblich angestiegen. Eine Lohnquote, die solche Unterschiede und Veränderungen berücksichtigt, ist die sogenannte bereinigte Lohnquote oder Arbeitseinkommensquote. Sie wird berechnet, indem das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Lohnabhängigen durch die jährliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (selbständig und unselbständig) dividiert wird. Das Problem der Differenzierung zwischen Arbeitseinkommen und Gewinnbestandteilen in den Bezügen der Selbständigen wird also dadurch gelöst, daß selbständiger Arbeit pauschal ein Arbeitseinkommen in Höhe des Durchschnittslohns (inklusive Arbeitgeberbeiträge) zugerechnet wird und dieses kalkulatorische Arbeitseinkommen bei der Ermittlung der Lohnquote berücksichtigt wird. Dadurch wird die Lohnquote unabhängig von Veränderungen in der Art der Arbeitsverhältnisse, zumal die Übergänge zwischen abhängiger Beschäftigung und bestimmten Arten von »Selbständigkeit« heute ohnehin fließend sind. Letztlich wird mit der bereinigten Lohnquote der Arbeitszeitanteil gemessen, den ein Erwerbstätiger im Schnitt für sein eigenes Arbeitseinkommen arbeitet. Oder in Marx'scher Begrifflichkeit: der durchschnittliche Wert einer Arbeitskraft wird in Relation zu dem durchschnittlich von ihr geschaffenen Wert gesetzt.

Das schließt nicht aus, daß zumindest einige dieser Arbeitskräfte zugleich Zugang zu Einkommen, das nicht aus eigener Arbeit stammt, haben. Wenn man allerdings bedenkt, daß in der Bundesrepublik 1,8 Prozent der Haushalte über 67,4 Prozent des gesamten

Betriebsvermögens verfügen und ein Prozent der Haushalte 70 Prozent der privaten Aktien halten, dann ahnt man, daß die Vermischung der Einkommen im individuellen Budget einzelner Familien wesentlich geringer ausfällt als oft suggeriert wird.

Betrachtet man die bereinigte Lohnquote für eine Reihe von Ländern (einschließlich des Durchschnitts der Alt-EU), so sehen wir in den meisten Ländern einen gewissen Anstieg bis Mitte der siebziger, Anfang der achtziger Jahre. Mit Beginn der neoliberalen Ära beginnt der Anteil der Arbeitenden am gesellschaftlichen Reichtum wieder deutlich zu fallen. Im Ergebnis liegt er in den sieben relevanten Ländern zur Jahrtausendwende unterhalb des Wertes von 1960, das heißt die Verteilungsverhältnisse haben sich so massiv zugunsten des Kapitals verschoben, daß die Errungenschaften der »keynesianischen Periode« nicht nur zurückgenommen wurden, sondern die Arbeitenden heute sogar deutlich schlechter gestellt sind als in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Natürlich ist auch die bereinigte Lohnquote kein hundertprozentiger Verteilungsindikator. Zum einen gehen in die Berechnung des Durchschnittslohns, der jedem Selbständigen zugerechnet wird, auch die Gehälter der Topverdiener und Spitzenmanager ein. Das tatsächliche Einkommen der meisten abhängig Beschäftigten sowie vieler kleiner Gewerbetreibender und Scheinselbständiger liegt beträchtlich unter dem Durchschnitt, mit dem hier operiert wird. Zum anderen kann die Lohnquote per se keine Umverteilungen innerhalb der Schicht der Lohn- und Gehaltsbezieher abbilden. Wenn die Zahl der Billiglohnjobs ansteigt bei gleichzeitiger Explosion der Spitzengehälter, signalisieren unbereinigte wie bereinigte Lohnquote Verteilungskonstanz, obwohl ein solcher Prozeß in Wahrheit eine gestärkten Position der Kapitaleseite zum Ausdruck bringt. Dennoch: als grober Indikator von Verteilungsverhältnissen leistet die bereinigte Lohnquote zuverlässige Dienste und nicht zuletzt belegt sie für alle betrachteten Länder sowie die Alt-EU insgesamt, wie massiv das neoliberale Modell die Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals verschoben hat.

Der gleiche Trend läßt sich natürlich auch durch Beschreibung der Kehrseite darstellen, nämlich anhand der Entwicklung jener Einkommen, die nicht auf Arbeit – zumindest nicht auf eigener Arbeit – beruhen. Zu diesen Einkommen gehören Zinsen, Dividenden, Mieten sowie die entnommenen Gewinne der Personengesellschaften und die faktischen Gewinnbestandteile des Einkommens selbständiger Unternehmer. Die Summe dieser Einkommen wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unter der Rubrik »Unternehmens- und Vermögensentgelt« (früher: »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen«) erfaßt.

Statistisch gibt es bei der Ermittlung der Höhe dieses

Einkommens aus anderer Leute Arbeit allerdings – wohl nicht zufällig – mehrere Schwierigkeiten: Erstens wird beispielsweise als Selbständigeneinkommen statistisch nur verbucht, was steuerlich veranlagt wird. Das Steuerrecht der meisten Länder, und ganz besonders der Bundesrepublik, bietet umfassende Schlupflöcher gerade für selbständige Spitzenverdiener, durch die zum Teil nicht nur die Steuerlast, sondern auch das Einkommen selbst nach unten manipuliert wird. Diese Manipulation läßt sich nur schwer wieder herausrechnen. Zum zweiten unterscheidet die Statistik beim Selbständigeneinkommen nicht zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen. Dieses Problem ist aber relativ leicht lösbar, indem nach dem gleichen Verfahren, mit dem auch die Lohnquote bereinigt wurde, das gesamte Selbständigeneinkommen um die Summe von Durchschnittslohn und Zahl der Selbständigen reduziert wird. Was dann übrig bleibt, kann guten Gewissens als Profiteinkommen verbucht werden. Die dritte Schwierigkeit besteht darin, daß die statistische Kategorie Vermögenseinkommen bereits eine saldierte Größe ist: die unter dieser Rubrik ausgewiesene Zahl entspricht keineswegs der Summe der Zinsen, Dividenden und sonstigen Bezüge, die von den Vermögensbesitzer-Haushalten innerhalb eines Jahres eingenommen werden. Die tatsächliche Summe wird vielmehr vermindert um die von den Haushalten (überwiegend: anderen Haushalten) gezahlten Zinsen auf Hypotheken, Dispo- und Konsumentenkredite. Das statistisch ausgewiesene Vermögenseinkommen muß daher nicht notwendig steigen, wenn die Dividenden besonders üppig fließen; es kann sogar sinken, sofern gleichzeitig die von den weniger verdienenden Haushalten aufgehäuften Schulden und somit auch deren Zinszahlungen wachsen. Letzteres war in den neunziger Jahren vor allem in den USA und Großbritannien, aber auch in Deutschland der Fall, so daß die Vermögenseinkommen durch die saldierten Werte erheblich bescheidender ausgewiesen werden, als sie in Wahrheit waren. Die Verzerrung wurde in der Bundesrepublik noch verstärkt durch den Übergang zum Europäischen Rechnungssystem (ESA 95) Ende der Neunziger Jahre. Seitdem werden nämlich – anders als in der alten deutschen VGR – Personenunternehmen zum Haushaltssektor gezählt; folgerichtig gehen nunmehr auch die Zinszahlungen auf deren Unternehmenskredite als negative Größe in die Saldierung ein. Die Differenz zwischen saldierten und unsaldierten Vermögenseinkommen lag in der Bundesrepublik des Jahres 2001 immerhin bei 100,2 Milliarden Euro.

Um den vollständigen Betrag jenes Einkommens zu ermitteln, das auf der Aneignung fremder Arbeit beruht, muß das unsaldierte Vermögenseinkommen mit dem Gewinnbestandteil des Selbständigeneinkommens addiert werden. Der BIP-Anteil dieses Einkommens aus

fremder Arbeit ist von 28 Prozent 1992 auf über 31,5 Prozent 2001 nach oben geschossen, wobei diesen 3,5 Prozentpunkten Differenz mehr als 72 Milliarden Euro entsprechen, die die Bezieher von Profit- und Vermögenseinkommen in dem einen Jahrzehnt seit Anschluß der DDR zu ihren Gunsten umverteilen konnten. Der Trend in anderen europäischen Ländern war etwas moderater, aber ähnlich.

Bisher haben wir ausschließlich die primäre Einkommensverteilung betrachtet. Allerdings sind auch die bereinigten Lohnquoten in ihrer absoluten Höhe international nur bedingt vergleichbar. Weil etwa in das Arbeitnehmerentgelt definitionsgemäß auch die Sozialbeiträge der Beschäftigten wie der Arbeitgeber eingehen, wird ein Land, in dem die Sozialsysteme überwiegend nicht über Beiträge, sondern über Steuern finanziert werden, unter sonst gleichen Umständen eine niedrigere Lohnquote ausweisen. Außerdem werden die Lohnsteuern im Zähler mitgerechnet; ein Land mit besonders hohen Lohn- und niedrigen Gewinn- und Vermögenssteuern simuliert insofern eine höhere Lohnquote, obwohl den Lohnabhängigen das weggesteuerte Einkommen gar nicht zur Verfügung steht.

Die Veränderungen in der primären Einkommensverteilung, die die bereinigte Lohnquote mißt, werden also durch die Aktivität des Staates wiederum verändert. Sie können abgeschwächt oder verstärkt werden. Tatsächlich wurde die Einkommensposition der Beschäftigten im Rahmen des neoliberalen Modells in nahezu allen europäischen Ländern durch die staatliche Steuer- und Sozialgesetzgebung zusätzlich verschlechtert.

Um diese ergänzende staatliche Umverteilung nach oben zu erkennen, wird der Entwicklung der Lohnquote die der Bruttolohnquote (ohne Sozialbeiträge der Arbeitgeber) sowie der Nettolohnquote gegenübergestellt, wobei alle Quoten nach dem beschriebenen Verfahren bereinigt wurden. Die Nettolohnquote kennt überhaupt nur noch eine Richtung: bergab. Während ein abhängig Beschäftigter 1960 immerhin noch über knapp die Hälfte des von ihm geschaffenen Reichtums tatsächlich verfügen konnte, war dieser Anteil Ende der neunziger Jahre auf weniger als ein Drittel geschrumpft.

Und die Nettolöhne wurden durchaus nicht durch steigende Sozialbeiträge aufgeessen. Das wird klar, wenn man eine »Soziallohnquote« berechnet, die die gesamten vom Arbeitnehmer zu zahlenden Sozialbeiträge im Zähler enthält, nicht jedoch Lohnsteuern und Arbeitgeberbeiträge. Der Verlauf dieser Quote ist dem der Nettolohnquote außerordentlich ähnlich; auch sie sinkt kontinuierlich. Während die Beschäftigten 1960 immerhin noch über einen »Soziallohn« in Höhe von etwa 50 Prozent der Wertschöpfung verfügten, um ihren Lebensunterhalt, ihre Gesundheitsausgaben, ihre Renten und ihre Absicherung für den Fall von Arbeitslosigkeit zu finan-

zieren, schrumpfte dieser Anteil bis 2001 auf ein Niveau von nur noch 39 Prozent. Wäre der Anteil auf dem Stand von 1960 verblieben, würden die Arbeitenden 2001 über einen »Soziallohn« von 26 652 Euro pro Kopf verfügen, über 5 500 Euro mehr als sie tatsächlich hatten.

Berechnen wir die Mehrwertrate ausgehend von den Nettowerten der Einkommensverteilung, d. h. indem wir das Nettoeinkommen aus Gewinn und Vermögen durch die Nettolohnsumme dividieren, erhalten wir ein eindrucksvolles Ergebnis: Die Einkommensposition der Beschäftigten in der Bundesrepublik in Nettowerten hat sich relativ zur Einkommensposition der Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen stetig verschlechtert, wobei das Tempo der Umverteilung seit Anschluß der DDR immens beschleunigt wurde. In der Konsequenz arbeiten diejenigen, die noch Arbeit haben, einen immer geringeren Teil der Zeit tatsächlich für sich selbst. Mehr als die Hälfte ihres Arbeitstages arbeiten sie für andere, in erster Linie allerdings nicht für »den Staat«, wie ein gängiges Vorurteil lautet, sondern für diejenigen, die über Betriebsvermögen, Aktienpakete und Gelddepots verfügen und ihre Bezüge über die Jahre beständig ausbauen konnten.

Diese Verschiebung in den Verteilungsrelationen wird verdeutlicht, wenn vier Einkommensströme für unterschiedliche Jahre zueinander ins Verhältnis gesetzt werden: erstens das Nettoeinkommen aus Gewinn- und Vermögen (net exploitation share) und zweitens der Wert der jährlichen Abschreibung (depreciation share), als die beiden Teile des Bruttoinlandsprodukts, die sich in der Verfügung der Kapitaleigner befinden; drittens die Summe von Nettolöhnen und Gehältern zuzüglich eines kalkulatorischen Selbständigeneinkommens in Höhe des Durchschnittsnettolohns, als Ausweis des Anteils der Arbeitenden an dem von ihnen geschaffenen Reichtum (net labour share); und viertens die sozialen Transferleistungen (transfer share). Man erkennt sofort, daß die sozialen Transferleistungen, in die die Ausgaben für Gesundheit und Rente ebenso eingehen wie Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe, ihr anteiliges Gewicht über 40 Jahre hinweg kaum verändert haben – trotz laut debattierter Veränderungen in der demographischen Altersstruktur und der Vervielfachung der Zahl der Arbeitslosen. Die ausschlaggebende Verschiebung ist die zwischen dem Nettoarbeitseinkommen auf der einen Seite und dem Einkommensanteil der Kapitaleigner auf der anderen.

Schröders gegenwärtige Politik tut alles dafür, daß diese Verschiebung in der Verteilung des Einkommens beschleunigt fortgesetzt wird. Beendet werden kann dies wohl nur, wenn die Betroffenen und ihre Interessenorganisationen diesen hemmungslosen Angriff auf ihren Lebensstandard endlich mit massiver Gegenwehr quittieren.

## **2004 erschienen folgende »rls standpunkte«**

**Europäische Außenpolitik am Scheideweg.** Eine Analyse der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, von *Gerry Woop* (1/2004)

**Ein Jahr später. Die NPD seit der Einstellung des Verbotprozesses durch das BVG am 18. März 2003,** von *Roland Bach* (2/2004)

**Die Finanzen der Europäischen Union,** von *Sylvia Anders* (3/2004)

**Vergleich der Europawahlprogramme.** Von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS, von *Jochen Weichold* und *Horst Dietzel* (4/2004)

**Gerechtigkeit – Maß für alternative Reformen,** von *Dieter Klein* und *Michael Wuttke* (5/2004)

**Allgemeine Verunsicherung. Neue Umfragen über politischen Alltag und Zukunftserwartungen und ihre Bedeutung für die Politik der Linken,** von *Dietmar Wittich* (6/2004)

**EU – Sozial und solidarisch?** von *Lutz Brangsch* (7/2004)

**Alternative Eigentumspolitik: Gestaltungsfelder und Kriterien,** von *Jürgen Leibinger* (8/2004)

**Bildung aus dem Warenkorb? GATS und die Zukunft der öffentlichen Bildungssysteme,** von *Volker Eichstedt* (9/2004)

**Linker Aufbruch oder »the same procedure«? Einige Anmerkungen zu Erfolgchancen und Ausrichtung einer möglichen neuen Linkspartei und ihres Verhältnisses zur PDS,** von *Florian Weis* (10/2004)

**Private Gain – Public Loss? Folgen der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa,** von *Barbara Dickhaus* und *Kristina Dietz* (11/2004)

**Wo bleibt der produzierte Reichtum?** von *Dieter Klein* (12/2004)

**Hartz IV – Tagelohn und Arbeitsdienst,** von *Martin Bongards* (13/2004)

**Der Wind dreht sich. Montagsdemonstrationen gegen die herrschenden Klassen,** von *Michael Brie* (14/2004)

**Die Rechte ist auch nicht mehr, was sie mal war. Zum Wahlergebnis von NPD und DVU bei den Landtagswahlen im September 2004,** von *Rainer Rilling* (15/2004)

**Deutschland spart sich dumm. Anmerkungen zur jüngsten OECD-Studie »Bildung auf einen Blick«,** von *Volker Eichstedt* (16/2004)

**Über den »Gnadenlosen Populismus« der PDS oder Acht Schritte zum Richtungswechsel in der Arbeitspolitik,** von *Dieter Klein* (17/2004)